



Doris von Sayn-Wittgenstein

Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag
Landeshaus - Düsternbrooker Weg 70 - 24105 Kiel
E-Mail: sayn@wittgenstein.ltsh.de

P R E S S E M I T T E I L U N G 11/2021

Kiel, den 12.2.2021

„Kaum Obduktionen bei Covid-19-Todesfällen“ Müssen Politik und Regierung für falsches Handeln haften?

Am 4. Februar berichtete der „Norddeutsche Rundfunk“ (NDR) unter der Schlagzeile „Kaum Obduktionen bei Covid-19-Todesfällen in MV“ darüber, daß in besagtem Bundesland von 474 erfaßten vorgeblichen Corona-Toten („Sterbefälle im Zusammenhang mit dem Coronavirus“) nur in acht Fällen eine Obduktion durchgeführt wurde. Auch deutschlandweit sieht es nicht besser aus, wie der NDR konstatiert: „Die rund 1.500 Pathologen in Deutschland sollten damit bei aktuell knapp 58.000 vom RKI gezählten Covid-19-Toten genug zu tun haben. Die Realität sieht aber anders aus. Nach aktuellen Schätzungen des Bundesverbandes der Deutschen Pathologen - genaue Zahlen gibt es nicht - wurden in Pandemie-Zeiten in deutschen Kliniken weit weniger als 1.000 Obduktionen bei mutmaßlichen Todesfällen durchgeführt.“

Johannes Friemann, Leiter der AG Obduktionen des Bundesverbandes der Deutschen Pathologen und Leiter des Standortes für Pathologie am Klinikum Lüdenscheid des Pathologischen Institutes der Universitätsklinik Köln, hält dieses Vorgehen für einen Skandal.

Und auch in Schleswig-Holstein sieht es nicht besser aus. In einer parlamentarischen Anfrage der Landtagsabgeordneten Doris v. Sayn-Wittgenstein ([Ds. 19/2269](#)) mußte die Landesregierung in Kiel im vergangenen Jahr zugeben, daß bei Verstorbenen nur äußere Leichenschauen, aber keine Obduktionen durchgeführt wurden.

Die Abgeordnete v. Sayn-Wittgenstein erklärt dazu: „Der Verzicht auf Obduktionen macht es einfach, pauschal auf ‚Sterbefälle in Zusammenhang mit dem Coronavirus‘ zurückzugreifen. Politik muß sich jedoch an Fakten orientieren und nachvollziehbar sein. Die massiven und schädlichen Eingriffe in Bürgerrechte sind deshalb nicht vertretbar und müssen ein Ende finden, wenn sich die Handelnden nicht persönlich haftbar machen wollen!“